

NEWSLETTER MAI 2021

Naturgesetze lassen sich nicht aufhalten, doch Innovationen brauchen Anschub!

Hilferufe der Familien

„Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie störe, ich weiß aber gar nicht mehr, wohin mit meiner Wut – sieht den niemand die Not unserer Kinder? Wenn noch irgendwer meint, dass unseren Kindern in diesem Schuljahr etwas geschenkt wurde, dann ...!“ Stille – Weinen - ein halbe Stunde später unzählige Entschuldigungen: „Eigentlich bin ich nicht so und eigentlich weiß ich, dass die Schulen nichts dafür können, doch ich bin am Ende, ich kann nicht mehr!“

Einer von kaum nochzählbaren Hilferufen berufstätiger Mütter und Väter, egal ob im Homeoffice oder im Betrieb, ob alleinerziehend, abgesichert oder in Existenzangst. Jede der Notlagen ist anders, doch im Kern sind es die gleichen Sorgen und Fragen. Wo ist die Empathie für Familien; warum denken wir Bildung und Betreuung nicht zusammen; warum werden Kinder nicht besser geschützt; wieso müssen Kinder die ganze Last der Pandemie tragen? Fragen und Sorgen die mich, wie viele andere Elternvertretungen schon die ganze Zeit in der Pandemie erreichen. Die maximal eingeplante Viertelstunde pro Anruf ist kaum noch haltbar, die Beantwortungen der vielen Mails dauert täglich bis tief in die Nacht. Auch bei uns wächst die Verzweiflung: Können wir überhaupt helfen, was müssen wir ändern?

Warum ist kein Geld da für Luftfilter oder vorübergehend zusätzlichen Schulraum in Zelten und Containerklassen, wenn dadurch Inzidenzen verringert, Bildung und Betreuung gesichert und die psychische Gesundheit der Kinder und ihrer Familien zurückgewonnen werden kann? Seit einem Jahr ist allen klar, dass Lücken nicht nur bei den Lerninhalten wachsen, sondern dass der fehlende Sozialkontakt die psycho-soziale Entwicklung über Jahre beeinträchtigen wird. Interaktion mit den Klassenfreunden, dass Lernen in der Gruppe, der Austausch, die Nähe... all das, was Kinder für eine gesunde Entwicklung benötigen, haben wir ihnen genommen. Stattdessen diskutieren wir über Lernlücken und wie wir diese auffüllen, wie wir Klassenarbeiten und Prüfungen abnehmen können, wie wir Betreuung sichern, damit die Wirtschaft nicht noch stärker einbricht – Funktionieren statt Leben! Wie immer mehr Kinder unter diesem Druck zerbrechen und die Familien mit ihnen, wollen wir nicht sehen.

Faire Prüfungen?

Wir kleben an Abiturprüfungen, die, kaum überstanden, noch mehr Verzweiflung auslösen als während der Vorbereitung. Nach Englischklausuren, für die die nötigen Slang-Vokabeln nie vermittelt wurden, oder Matheklausuren, die vom Umfang kaum leistbar waren, müssen Abiturienten um das Bestehen bangen. Da klingt es wie Hohn, wenn eine Bildungsministerin tönt: „Wir haben frühzeitig

sichergestellt, dass die Schülerinnen und Schüler auch in diesem Schuljahr faire Abiturprüfungen ablegen können.“

Sicherlich sind solche Probleme auch in früheren Abiturdurchgängen aufgetreten, doch dieses Jahr wirken sie sich ungleich härter aus. Nicht ansatzweise haben die Verantwortlichen die schulischen und häuslichen Umstände, das Ungleichgewicht, wirklich sehen wollen. Was also wollen wir mit den Prüfungen beweisen?

Alle Verbände, ob Schulleiter, Lehrer, Schüler oder Eltern, waren sich bei der Landtags-Anhörung im April einig, den Schüler*innen endlich den Druck zu nehmen, keine ZP 10, keine Klassenarbeiten mehr in diesem Schuljahr durchzuführen. Nur ein Vertreter eines Lehrerverbands und eine Vertreterin der Wirtschaft bestanden auf zentrale Prüfungen, weil ihnen sonst die Vergleichbarkeit fehle. Welche Vergleichbarkeit? Die Lernbedingungen zu Hause sind so unterschiedlich – und wo bestimmt im Moment nicht die Pandemie die Bedingungen? Wie kann man da ernsthaft von Vergleichbarkeit sprechen?

Kein Entgegenkommen für Prüflinge in Quarantäne

Wenn Schüler*innen in Quarantäne Prüfungen mitschreiben wollten, was das Ministerium eigentlich ermöglicht, wurde ihnen dieses Angebot von vielen Schulen nicht aktiv unterbreitet. Stattdessen wurden die Hürden mit doppelten und dreifachen Testungen vor jeder Prüfung erhöht, obwohl ohnehin in separaten Räumen geschrieben werden musste.

*„..... Zweimal für 14 Tage im vergangenen Herbst und jetzt schon das dritte Mal in Quarantäne, nur weil einer aus der Familie erste Kontaktperson war. Meine Älteste musste fürs Abitur nun vor jeder Prüfung einen PCR-Test machen. Wie sie da trotz ÖPNV-Verbot hinkommen sollte, hat niemanden interessiert, die Schule schon gar nicht. Mein Jüngster ist 11 Jahre und eigentlich ein kluges Kind. Er weint inzwischen bei jeder kleinsten Anforderung. Wenn dann wieder das WLAN streikt, bei drei Kindern, drei Endgeräten, drei unterschiedlichen Schulen, unterschiedlichen Plattformen, unterschiedlichen Zeiten, könnte ich einfach nur mitheulen. Meine Arbeit leidet, mit ihr dutzende weitere Kinder, denn eigentlich bin ich Lehrer*in an einem Gymnasium und merke, die Schulen machen nicht nur meine eigentlich leistungsstarken Kinder kaputt, sondern unsere ganze Familie! Was können wir tun, dass das aufhört?! Ich werde weder meiner Familie gerecht noch den Kindern in der Schule.“*

Anruf einer Mutter

Bußgeldandrohungen und Zeugnisvermerke

Es fühlt sich so an, als ob zwischen Politik und Schulpraktik sowie zwischen Politik und Wissenschaft nicht nur Welten, sondern ganze Galaxien liegen. Die Not der Familien wird zwar gesehen, aber statt Erleichterung zu schaffen, wird den Schüler*innen immer mehr aufgebürdet. Der Druck auf Schulen und Lehrkräfte wird künstlich hochgehalten und an die Kinder weitergegeben. Glück hat, wer eine besonders emphatische Schulleitung erwischt hat, wie die der Anne Frank Gesamtschule in Dortmund. Hier zählt zuerst das Wohl der Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte.

Konzepte für den Herbst – Lehrer*innen UND Schüler*innen in den Mittelpunkt stellen!

Hervorragende Lösungen für Schulunterricht in der Pandemie kennen wir aus Island, Neuseeland oder Dänemark. Doch die Übernahme dieser Konzepte wird durch die Hoffnungen blockiert, dass das Schlimmste schon bald vorüber sei. Wie wir schon mehrmals in dieser Pandemie erfahren haben, können solche Hoffnungen trügen. Deshalb brauchen wir nun einen Plan, der das kommende Schuljahr sichert. Dazu gehört die Ehrlichkeit, dass Schulen sich langfristig umstellen müssen, dass wir Personal und Raum aufstocken müssen, dass Klassen nur noch kleine Lerngruppen werden, dass Ganztagsangebote Standard nicht Ausnahme sind und Förderung vor Prüfungsfetisch stehen muss.

Denn es kann nicht nur um Lückenschluss bei Lerninhalten gehen. Einerseits können 15 Monate fehlende Sozialentwicklung in Gruppen nicht einfach per Mausklick hergestellt werden. Andererseits haben die Schüler*innen nicht aufgehört zu wachsen oder zu lernen, auch wenn wir das nicht wahrnehmen (wollen). Widerspruchslos haben die Kinder hingenommen, auf Abstand zu gehen, Masken zu tragen, Kontakte einzuschränken. Viele mussten zwangsläufig Selbstständigkeit entwickeln. Verdient hätten sie ausnahmslos alle eine Eins Plus auf dem Zeugnis für Medienkompetenz und Anpassungskompetenz.

Sicherlich sind schulische Wissenslücken entstanden. Aber diese rechtfertigen keinen Zwang zentraler Prüfungen, keinen Testungsfetisch und keine Misshandlung von Kinderseelen. Die Politik erliegt dem Trugschluss, es gehe bei Bildung um Leistungsprüfung, bei Betreuung um Verwahrung statt pädagogischer Begleitung und individueller Förderung. Wenn das Ziel nur Infektionsschutz statt Teilhabe heißt, wird die Entwicklung innovativer Ideen und verlässlicher Strukturen verhindert.

Wir erleben, dass allein die Lehrkräfte im Mittelpunkt des sozialen Handelns stehen, während vorerkrankte Schüler*innen bis heute auf Impfangebote warten. Wir sehen, dass Filteranlagen und Plexiglasspuckschutz für den Landtag gut sind, aber nicht für Schulen. Niemand kann dem noch folgen, weder die Eltern mit Sorge um die Gesundheit noch die Eltern mit Sorge um die psychische Stabilität ihrer Kinder. Auch Lehrkräfte sind fassungslos. Egal welche Anstrengungen sie vor Ort leisten, von Hygieneschutz, Maskenpflichtwache bis Schnelltestprüfer und zwischendrin sogar Wissensvermittler – ist das kein normaler Unterricht. Kinder sollten doch unser alle Schutzbefohlene sein. Um ihr Wohl, ihre körperliche und seelische Gesundheit, ihre Bildung muss es doch gehen!

Wir fordern, endlich krisengerecht gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, dass Schulen mehr Personal anstellen können, dass Synergien durch Ganztag oder Teilhabeassistenz gefunden werden, aber auch Raum gewonnen werden kann. Der Blick darf nicht mehr nur auf Wissensvermittlung liegen, sondern auf soziale Begegnung. Wir haben das Potential, Schulen besser auszustatten. Die Politik sollte endlich in unsere Zukunft, in unsere Kinder investieren. Da reichen nicht 1 oder 2 Milliarden fürs ganze Land, sondern eher für jedes Bundesland. Jeder Cent ist gut angelegtes Geld. Wir sind das unseren Kindern schuldig – nicht nur, weil es Lernlücken gibt, sondern weil sie die Krisenverlierer sind, die noch Jahrzehnte die Krisenschulden abbezahlen werden müssen.

Auch die Lasten des Gesundheitsschutzes müssen gleichmäßig auf alle, also auch auf die Wirtschaft verteilt werden. Derzeit ruht die Last hauptsächlich auf den Schultern der Kinder und Familien. Da helfen auch kinderfreundliche Tests wie der Lollitest nur bedingt. Das, was Schülern seit Monaten zugemutet wird, wie das Tragen von medizinischen Masken und das Testen, muss umgehend auch

zur Pflicht in allen Betrieben werden. Die Mitarbeiter haben ein Recht auf den Schutz ihrer Gesundheit und der ihrer Familien. Zusätzlich muss auch der Schulraum sicher werden und dazu gehört auch, dass alle Klassenräume mit Filteranlagen ausgestattet werden, nicht nur weil es im Herbst wieder kalt wird, sondern auch, weil im Hochsommer der Luftaustausch ohne Wind nicht funktioniert. Es ist unerträglich, dass immer noch darüber gestritten wird, ob Filteranlagen nützlich sind, aber die Selbstausstattung in der Politik funktioniert.

Ganztagsangebote

Lernlücken werden sich nicht in wenigen Monaten schließen lassen. Erst recht nicht, wenn der Druck auf Kinder erhöht wird, sie zusätzlich am Wochenende oder möglichst noch nonstop in den Ferien lernen sollen. Kinder brauchen gute Lernatmosphären.

Schon jetzt müssen wir für das kommende Schuljahr planen, konsequent kleine Gruppen mit maximal 15 Kindern auf Abstand. Weil 2 Stunden mehr Förderung nicht reichen, müssen wir für alle Kinder ganztägige Bildungsangebote, vor allem als gebundenen Ganztag, schaffen. Statt Halbtagsangestellter brauchen wir in Vollzeit beschäftigte Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen, die nachrangig pädagogisch, in der Schule helfen. Das erfordert ein komplettes Umdenken. Aber bei Nutzung aller Ressourcen können aus Bildung und Betreuung Synergien gewonnen werden. Zusätzlich braucht es viel weitere Unterstützung für Verwaltung, Hygienemaßnahmen und psychologische Hilfen. All das muss noch in diesem Schuljahr geplant werden, nicht als kurzes Ferienprojekt, sondern als auf Dauer angelegte Aufstockung.

Es ist weder den Schüler*innen, noch den Familien zumutbar, wenn Eltern im Homeoffice oder nach Feierabend das Distanzlernen durchgehend unterstützen müssen. Sonst droht die Gefahr, dass bald nicht nur schon jetzt benachteiligte Schüler*innen abgehängt werden. Dann kommen tausende Schüler*innen aus ansonsten starken Mittelschichten dazu. Zwei Jahre fehlender Schwimmunterricht fordern schon jetzt das Einplanen von mehr Wasserfläche, mehr Aufsicht, mehr Lehrkräften, damit uns in heißen Sommern nicht wieder viele Menschen ertrinken. Und Kindern mit einer Behinderung ist es nicht länger zuzumuten, dass ihre Entwicklung stagniert oder gar rückläufig ist, weil keine schulischen Therapieangebote nicht mehr stattfinden.

Das Schuljahr ist noch nicht zu Ende, der Herbst wird kommen mit allen Unwägbarkeiten, doch vor allem mit verletzten Kinderseelen, großen Lücken unterschiedlichen Lernständen und großer sozialen Belastung.

Best Practice Beispiele

Was wir nicht brauchen, sind Prüfungsdruck, scheinbare Vergleichbarkeit, beschämende Drohstrukturen, ungeeignete Förderangebote. Was wir brauchen, sind Konzepte, die unabhängig von der Inzidenz einen sicheren Schulbetrieb im Ganztag in den kommenden Jahren sichern – für die Kinder und ihre Familien, aber auch für die Lehrkräfte, Erzieher*innen und alle am Schulleben

Beteiligte. Es gilt zu handeln, es gilt zu erkennen, dass wir nicht einfach so tun können, als ob wir in eine alte Normalität zurückkehren und mit einem kleinen Pflaster große Wunden schließen können. Die Politik muss nun beweisen, dass es Ihnen um das Wohl unserer Kinder geht. Dass das gelingen kann, zeigen uns einige Schulen, die auch an sozialen prekären Standorten, aber mit der notwendigen Ausstattung und dem notwenigen Willen schon jetzt das Wohl in den Mittelpunkt stellen.

Wir stellen Ihnen zum Abschluss ein Kurz-Konzept einer Gesamtschule in Dortmund vor und suchen weitere Best Practice Beispiele die wir gerne veröffentlichen möchten, bei denen Kinderseelen Nahrung erhalten und so Raum im Kopf für schulische Bildung entsteht, wo Unterricht gelingt, weil Ideen und Ressourcen zusammentreffen.

Beispiel Anne Frank Gesamtschule

Jeder Schüler hat ein Endgerät zur Verfügung, mit dem er am Unterrichtsangebot teilnehmen kann, ggf. als Leihgerät. Alle Klassenlehrerteams starten um 8.00 Uhr die erste Videokonferenz mit ihren Klassen. Doch zunächst noch nicht mit Unterricht, sondern mit dem Klassenrat bis 9 Uhr. Dies bietet die Möglichkeit für Fragen wie: Wie geht es dir und deiner Familie? Wer nicht da war, wurde in den ersten Wochen persönlich geweckt vom Sozialpädagogen oder anderen aus dem Kollegium.

Inzwischen sind alle da, auch die Mütter. Die pädagogischen Teams wissen, wie es den Kindern und ihren Familien geht, auch wie es den Lehrkräften geht.

9 Uhr - erste Stunde - Unterricht für alle aus der Klasse durch das Doppelteam. Kinder, denen das Arbeiten zuhause nicht möglich ist, haben die Möglichkeit in einem Raum in der Schule mit pädagogischer Unterstützung und Beachtung der Hygieneregeln am Distanzunterricht ihrer Klasse teil zu nehmen. Kurze Pause nach 10 Uhr. Der nächste Fachunterricht in der Videokonferenz mit den Fachlehrerinnen und Fachlehrern. Danach Phase für schriftliches Arbeiten mit Material auf der Lernplattform, die Videokonferenz bleibt offen, die SuS können sich austauschen oder Fragen stellen.

Mittagspause für alle, der Raum bleibt auf – alle SuS können sich ohne Lehrkraft einfach austauschen, den sozialen Kontakt halten. Am Nachmittag nochmal Fachunterricht mit Videokonferenz. Am Schluss bleibt noch, wer etwas nicht verstanden hat, Hilfe braucht, Fragen hat, möglichst so lange, bis die letzte Frage ausgeräumt ist.

Auch wenn der Schulleiter die Kinder gerne alle wieder in Präsenz hätte, ist die Schule bemüht im Distanzunterricht so viel zu vermitteln, wie im regulären Unterricht. Es entstehen nur die Lücken, die absolut nicht zu vermeiden sind.

Was läuft anderes an der Anne Frank Gesamtschule? Ist es die optimale Ausstattung, das optimale Medienkonzept, die fehlende Scheu vor durchgehenden Konferenzen, vor Schülern, die mal aufstehen, Lehrern, die zwischendurch einen Kaffee trinken? Vor allem zählt hier der Mensch! Das Wohl der Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern steht im Mittelpunkt. So sollte es in einer Krise auch sein. Natürlich haben die Schüler*innen und Eltern Sorgen, aber nicht vor Bildungsverlust!

Wir suchen Ihre Schule als Best Practice!

Im kommenden Newsletter wollen wir Ihre Best Practice Beispielschule für das Distanz- oder Wechselmodell oder für Förderkonzepte finden. Schicken Sie uns eine (Kurz-) Beschreibung Ihres Modells, mit denen Sie als Eltern, Schüler*innen und bestenfalls auch die Lehrkräfte zufrieden sind und stellen uns Ihre Schule vor!

Sollten Sie aber eher unzufrieden sein, dann schreiben Sie uns gesondert:

Was muss sich ändern, dass Sozialbegegnung und Förderung (Lückenschluss) im kommenden Schuljahr gelingt?

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Rückmeldungen. Schreiben Sie uns

Dortmund, 8. Mai 2021

Vorstand LEK NRW

Anke Staar